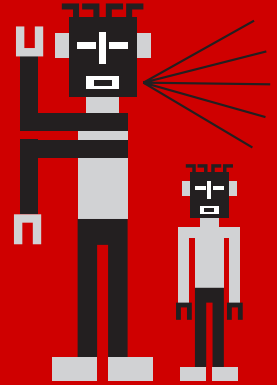


THOMAS KASPAR  
STEPHAN HEBEL (HG.)

# HEILLE WELT



32 Ideen für ein Leben nach Corona



---

# Frankfurter Rundschau

Alle Rechte vorbehalten • Societäts-Verlag  
© 2021 Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Satz: Bruno Dorn, Societäts-Verlag  
Umschlaggestaltung: Julia Desch, Societäts-Verlag,  
unter Verwendung einer Grafik von danjazzia/shutterstock  
Druck und Verarbeitung: CPI books GmbH, Leck  
Printed in EU 2021

ISBN 978-3-95542-404-6

Besuchen Sie uns im Internet unter: [www.societaets-verlag.de](http://www.societaets-verlag.de)



Thomas Kaspar &  
Stephan Hebel (Hg.)

# HEILE WELT

*32 Ideen für ein Leben nach Corona*

SOCIETÄTS  
VERLAG



# Inhaltsverzeichnis

<b>Das Wir macht die Welt</b> .....	9
<i>Von Paul Mason</i>	
<b>„Der Solitär wird zum Solidär“</b> .....	15
<i>Horst Opaschowski</i>	
<b>Die Rückkehr des Gemeinwohls</b> .....	20
<i>Von Philipp Hübl</i>	
<b>Die gesunde Gesellschaft</b> .....	26
<i>Von Stephan Hebel</i>	
<b>„Gesundheit gehört in die Hand des Staates“</b> .....	33
<i>Bernd Hontschik</i>	
<b>Menschlichkeit im Digitalen</b> .....	39
<i>Von Thomas Kaspar</i>	
<b>Stillstand als Beschleuniger</b> .....	45
<i>Von Karl-Heinz Land</i>	
<b>Relevanz und Beziehung</b> .....	53
<i>Von Susanne Gölitzer</i>	
<b>Die Stunde der Frauen</b> .....	61
<i>Ein Aufruf von Jagoda Marinic</i>	
<b>Von der Solidarität profitieren</b> .....	69
<i>Von Nilda Inkermann, Laima Eicke und Jonas Lage</i>	
<b>Gutes Essen für alle</b> .....	75
<i>Von Kathrin Hartmann</i>	
<b>Unser Essen, ihre Arbeit</b> .....	81
<i>Von Benjamin Luig</i>	
<b>Die Arbeit der anderen</b> .....	87
<i>Von Andreas Streinzer und Anna Wanka</i>	

<b>Vorwärts aus der Sackgasse .....</b>	<b>92</b>
<i>Von Hans-Jürgen Urban</i>	
<b>Das Raum-Zeit-Dilemma .....</b>	<b>99</b>
<i>Von Oliver Herwig</i>	
<b>Klimaneutral mit Ansage .....</b>	<b>105</b>
<i>Von Meike Gebhard</i>	
<b>Mit gutem Klima in Frieden leben .....</b>	<b>112</b>
<i>Von Claudia Kemfert</i>	
<b>Gerecht die Klimakrise lösen.....</b>	<b>118</b>
<i>Von Ronja Weil und Maximilian Becker</i>	
<b>Die Wirtschaft ist für alle da .....</b>	<b>121</b>
<i>Von Daniela von Pfuhlstein</i>	
<b>Die Ökonomie des Gemeinsamen.....</b>	<b>127</b>
<i>Von Katja Kipping</i>	
<b>Die Netzwerke des Lebens .....</b>	<b>133</b>
<i>Von Sabine Hark</i>	
<b>Alles Gute ist schon da .....</b>	<b>139</b>
<i>Von Stephan Lessenich</i>	
<b>Vom Dringlichen zum Wichtigen .....</b>	<b>142</b>
<i>Von Vera King und Hartmut Rosa</i>	
<b>Vom Wert der Zeit .....</b>	<b>148</b>
<i>Von Hans-Jürgen Burchardt</i>	
<b>Ein gutes Leben ist möglich .....</b>	<b>155</b>
<i>Von Olivia Mitscherlich-Schönherr</i>	
<b>Wie wir in der Krise wachsen können .....</b>	<b>161</b>
<i>Von Thomas Kaspar</i>	
<b>Mit starkem Herzen die Welt verändern.....</b>	<b>165</b>
<i>Von Judith Döker</i>	

<b>Die gute Kraft der Engagierten.....</b>	<b>171</b>
<i>Von Rüdiger Rosenthal</i>	
<b>Ein neues „Wir“ für Europa.....</b>	<b>177</b>
<i>Von Klaus Busch</i>	
<b>Auf dem Weg zu einer Weltsozialpolitik.....</b>	<b>183</b>
<i>Von Thomas Gebauer</i>	
<b>Helfen können, helfen wollen.....</b>	<b>189</b>
<i>Von Ole Hengelbrock</i>	
<b>Aus der Krise in die Freiheit.....</b>	<b>195</b>
<i>Von Gert Weisskirchen</i>	
<b>Autor*innen.....</b>	<b>202</b>





# Das Wir macht die Welt

*In der Pandemie zeigt sich: Unser Verständnis kollektiver Bedürfnisse wird sich wandeln müssen – hin zu einer gerechten, weniger zerstörerischen Globalisierung.*

Von Paul Mason

Im Zeitalter der Globalisierung ist die Corona-Krise das erste Ereignis, das auch wirklich globale Auswirkungen hat. Vom Künstler in New York, dem Journalisten in Berlin, dem Schauspieler in Athen bis zum Fotografen in Gaza – die Emotionen meiner Freunde flimmern in Echtzeit über den Bildschirm meines Smartphones, jede davon einzigartig – aber alle beschäftigen sich mit dem gleichen Problem. In Kenia ist mein Freund – ein Bootsmann – in Lamu ebenso eingesperrt wie ich in London; seine Moschee ist ebenso geschlossen wie meine Nachbarschaftskirche. Auf die Frage „Wie geht es Dir?“ antwortet er per WhatsApp mit einem einzigen Emoji: einem Anker.

Bald wird die erste Welle der Pandemie abklingen. Aber die wirtschaftlichen und geopolitischen Auswirkungen werden wahrscheinlich extrem tiefgreifend sein. Denn wie uns das kleine Einmaleins des Marxismus lehrt, ist die Quelle aller Werte die menschliche Arbeit. Die Grundlagen des Kapitalismus beruhen auf unserem gewohnheitsmäßigen Zwang zur Arbeit: Wir schleppen uns aus dem Bett, quetschen uns in eine U-Bahn, stellen uns an einer überfüllten Kaffeebar an und lassen unsere physische Anwesenheit an einem Arbeitsplatz registrieren, bis unsere Stunden oder Aufgaben abgearbeitet sind.

Das Coronavirus zwingt uns nun, nicht zu arbeiten. Schlimmer noch. In einem Wirtschaftsmodell, das offensichtlich und umfassend auf Konsum ausgerichtet ist, waren oder sind wir gezwungen, uns von

Kneipen, Theatern, Stränden, Fitnessstudios, Fußballstadien, Spielhallen, Wettbüros und – bis auf wenige Ausnahmen – auch von Geschäften fernzuhalten. In der Folge befinden wir uns mitten in dem größten gleichzeitigen Zusammenbruch von Angebot und Nachfrage seit der Depression von 1920/21.

Die Regierungen der meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben die Lehren aus dem Jahr 2008 gezogen und sofort einen riesigen fiskalischen Impuls ausgelöst. Ihre Zentralbanken haben Staatsanleihen im Wert von Hunderten von Milliarden Dollar gekauft. Doch trotz der Entschlossenheit ihres Handelns schwinden die anfänglichen Hoffnungen auf eine „V-förmige“ Erholung, also darauf, dass nach der Wachstumsdelle die Erholung auf das alte Niveau folgt. Und das liegt daran, dass unser Wirtschaftsmodell – trotz seiner strahlend schönen Komplexität und technologischen Euphorie – bereits vorher krank war.

Schon 2016 warnte Mark Carney, der damalige Gouverneur der Bank of England: „Die Weltwirtschaft riskiert, in einem Gleichgewicht von niedrigem Wachstum, niedriger Inflation und niedrigen Zinsen gefangen zu werden.“ Die in den Jahren von 2008 bis 2011 begonnene Rettungspolitik könne nur dann eine „Brücke“ zu einem neuen Wirtschaftsmodell schlagen, wenn die Politiker bereit seien, dieses Modell auch wirklich zu entwickeln. Andernfalls würde das Jahrzehnt nach der Finanzkrise lediglich zu einem einzelnen „Pfeiler“ dieser Brücke werden – und nirgendwohin führen.

Wir können jetzt mit bedrückender Klarheit sehen, wohin diese nie vollendete Brücke führt. Seit der Finanzkrise ist die Gesamtverschuldung von Haushalten, Unternehmen und Staaten um 87 Billionen Dollar gestiegen – und ist mit 255 Billionen Dollar nun mehr als dreimal so hoch wie das globale Bruttoinlandsprodukt. Im gleichen Zeitraum haben die Zentralbanken zwölf Billionen Dollar an ultrabillem Geld erschaffen. Parallel wuchs das Vermögen im sogenannten Schattenbankensektor, in dem Kreditgeber offshore, undurchsichtig und nur locker reguliert Wetten mit hohen Einsätzen auf Kreditinstrumente platzieren, auf 52 Billionen Dollar – 75 Prozent mehr als vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers. Angesichts der ökonomischen Nahtoderfahrung der Finanzkrise von 2008 haben wir ein ganzes Jahrzehnt lang dafür gesorgt, dass Unternehmen, Staaten und

Haushalte von Schulden lebten. Heute sind wir mit einem zweiten Stillstand konfrontiert – und die einzigen Gegenmittel, die wir inzwischen entwickelt haben, sind immer noch dieselben wie damals.

John Maynard Keynes beschrieb Geld einmal als „ein subtiles Mittel, um die Gegenwart mit der Zukunft zu verbinden“. Was wir in der Gegenwart mit Geld täten, meinte er, spiegele unsere Erwartungen an die künftige Entwicklung der Realwirtschaft wider. Wenn sich nach dieser Logik heute hinter einer globalen Schuldenquote von 322 Prozent des Bruttoinlandsprodukts etwas Rationales verbergen soll, dann muss es die Erwartung sein, dass die Zukunft profitabler sein wird als die Vergangenheit. Denn noch nie in der Geschichte des Kapitalismus haben Gesellschaften in Friedenszeiten Schulden in dieser Größenordnung angehäuft.

Das Coronavirus stellt uns – lauter, aggressiver und unübersehbar – die gleiche Frage, die uns die Lehman-Krise und die Dotcom-Blase davor gestellt haben: Was ist die künftige Quelle des Reichtums, aus der wir die Schulden zurückzahlen wollen? Was ist die Quelle für eine wirtschaftliche Dynamik, die es den Zentralbanken eines Tages erlauben wird, ihre Ankaufprogramme rückgängig zu machen und ein Viertel aller Staatsschulden an Investoren des privaten Sektors zurückzukaufen? Diejenigen, die es wagen, der Realität unerschrocken ins Gesicht zu schauen, kennen die Antwort bereits: Es wird weder genug Wachstum noch genug Wohlstand noch genug Dynamik geben, um diese Schulden schrumpfen zu lassen oder sie auch nur zu stabilisieren. Die sogenannten „exponentiellen Technologien“ – künstliche Intelligenz, Robotik, genetische Medizin und Quantencomputing – werden weiter wachsen. Aber sie werfen die gleichen Probleme auf wie die Netzwerkeffekte durch Automatisierung und Digitalisierung, die wir jetzt schon spüren. Sie werden menschliche Arbeitskraft schneller ersetzen als neue, höher qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden können. Sie werden die Reproduktionskosten vieler Produkte – auch physischer Waren – so schnell senken, dass die traditionellen Gewinnspannen einfach verdampfen. Die Marktwirtschaft kann diese neuen Möglichkeiten nur erschließen, wenn es gewaltige Monopole gibt mit der Macht, einen Preis für etwas festzulegen, das kostenloses Gemeingut sein sollte.

In seinen Memoiren hat der ehemalige Chef der US-Notenbank Fed, Alan Greenspan, die Vermutung geäußert, auf der die Politik der letzten zwei Jahrzehnte basiert: dass es in dieser Informationswirtschaft einen „versteckten Wert“ gibt, der die von Realvermögen und Einnahmen abgekoppelten Börsenbewertungen und die Entkopplung der Geldpolitik vom Wachstum der Realwirtschaft rechtfertigt. Dies ist der zentrale Wahn des Neoliberalismus. Ich habe mein Buch „Postkapitalismus“ 2015 mit dem Ziel geschrieben, zu zeigen, dass die Krise des marktwirtschaftlichen Modells nicht einfach durch die finanzielle Deregulierung ausgelöst wurde, sondern in der Unfähigkeit des Kapitalismus wurzelt, sich an die Dynamik der Informationstechnologie anzupassen. Und in seinen Wahnvorstellungen über diese Technologie.

#### AUS WELCHEN NEUEN QUELLEN WOLLEN WIR UNSERE ALTEN SCHULDEN BEZAHLEN?

Die Krise von 2008 war ein Signal, dass unsere hochkomplexe globale Wirtschaft weder selbstkorrigierend noch widerstandsfähig ist. Der wirtschaftliche Schock, den wir bald erleben werden, sollte ein noch stärkeres Signal sein. Komplexität ist nicht gleich Sicherheit. Die Globalisierung bringt keine Widerstandsfähigkeit. Öffentliche Dienstleistungen am Rande des Scheiterns zu betreiben, stellt keine Effizienz dar. Von Notfallmaßnahmen zu leben, ist keine Form des Gleichgewichts.

Wenn wir darauf reagieren, werden wir uns logischerweise auf eine nationalzentrierte Politikgestaltung zurückziehen. Es ist kein „wirtschaftlicher Nationalismus“, wenn wir wollen, dass Großbritannien eine Impfstofffabrik mehr hat als seine derzeitige Gesamtzahl – die ist nämlich null. Es ist nichts Fremdenfeindliches daran, wenn wir eine sichere lokale Lieferkette für Operationsmasken und -kittel wollen, die – während ich dies schreibe – im englischen Gesundheitswesen nahezu aufgebraucht sind. Es ist rational nachvollziehbar, dass sich die Bevölkerungen an ihre nationalen Regierungen wenden und nicht an multilaterale Gremien. Zumal in einer Zeit, in der die USA ihre globale Führungsrolle aufgegeben haben, in der China seine Produktionskapazitäten für geopolitische Vorteile einsetzt und in der sich die

zahlungskräftigen Länder der Eurozone nicht mit den verschuldeten Ländern solidarisieren.

Die nationalzentrierte Politik, von der wir zu Recht befürchtet haben, dass sie das globale System auseinanderreißen könnte, wird allein durch die Logik der Situation mit Corona neuen Auftrieb erhalten, lange bevor Salvini, Orbán, Farage und Gauland damit beginnen, sie auszunutzen. Um das zu retten, was wir aus einer offenen, finanziell komplexen Welt retten können, wird mehr Führung erforderlich sein, als sie derzeit irgendein Politiker vorweist. So wie die Entscheidungsträger des gesamten politischen Spektrums nach 1933 keynesianische fiskal- und geldpolitische Stimulierungsmaßnahmen beschlossen haben, müssen sie heute noch weiter gehen: Teilweiser Staatsbesitz von Großunternehmen muss möglicherweise zur Normalität werden. Direkte Zahlungen des Staates an Einzelpersonen können für mehrere Jahre erforderlich sein. Und die Fiktion der Unabhängigkeit der Zentralbank muss ein Ende haben. Die Schuldenquote der G7-Staaten wird weit über ihre gegenwärtigen 113 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinausgehen. Und ja, die Eurozone wird ihre Schulden auf Gegenseitigkeit zurückführen müssen.

## UM DAS VIRUS ZU BESIEGEN, MÜSSEN WIR EIN GLOBALES GESPRÄCH FÜHREN

Wenn wir das Virus besiegen wollen, das uns in mehreren Wellen treffen könnte, müssen wir ein ehrliches globales Gespräch führen. Zoonosen vermehren sich aufgrund unseres Entwicklungsmodells, das Regenwälder dem Erdboden gleichmacht, eine Milliarde Menschen in Slums drängt, den Luftverkehr subventioniert, die Wahrheit unterdrückende Autoritäten feiert und Fettleibigkeit, Herz- und Lungenkrankheiten in der entwickelten Welt hervorruft. Dies ist also kein „exogener“ Schock, ebenso wenig wie die demografische Alterung und der Klimawandel. Sie alle sind das Produkt eines Wirtschaftsmodells, das die Menschheit in Konflikt mit der Natur gebracht und dabei sogar unsere eigene Natur zerstört hat.

Das Coronavirus hat nur ein Ziel, nämlich durch das Kolonisieren und Töten von Menschen zu überleben. Das ist, wie Marx es ausdrü-

cken könnte, sein „Gattungswesen“. Sein Erfolg – ein Spiegelbild der Justinianischen Pest und der Beulenpest – beruht auf der Tatsache, dass die menschliche Gesellschaft Komplexität ohne Widerstandsfähigkeit geschaffen hat.

Als radikaler Humanist glaube ich, dass unsere Spezies auch ein Ziel hat: uns selbst zu befreien, indem wir unsere Sprache, unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit und unsere Vorstellungskraft nutzen, die das Produkt unseres Erbguts sind. Aber wir können dieses Ziel nicht mehr im Konflikt mit der Natur verfolgen. Wir werden aus dieser Krise mit einer stark staatlich geprägten Wirtschaft hervorgehen. Mit einem neuen Verständnis kollektiver statt individueller Bedürfnisse. Und hoffentlich frei von der Hybris, die 40 Jahre unkontrollierte Globalisierung, Umweltschäden und wachsende Ungleichheit vorangetrieben hat. Wir werden vielleicht nicht in der Lage sein, die liberale Gesellschaft, Offenheit und Rechtsstaatlichkeit überall auf der Welt zu retten. Aber der eine Ort, an dem wir diese Errungenschaften angesichts unserer schrecklichen Vergangenheit bewahren müssen, heißt Europa.

*Übersetzung: Thomas Kaspar*

## „Der Solitär wird zum Solidär“

*Wird die deutsche Gesellschaft gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen? Der Zukunftsforscher Horst Opaschowski, der schon Willy Brandt, Helmut Kohl und Angela Merkel beraten hat, ist davon überzeugt. Der 79-Jährige glaubt, dass die Zeit der Alphaspieler nun endgültig zu Ende geht und sich das Bild einer Selbsthilfegesellschaft abzeichnet. Der 79-Jährige prognostiziert, dass sich die Bürger stärker politisch engagieren werden. Im FR-Interview spricht er über ein Wirgefühl, Übungen in der Familie und den Fortgang der Klimabewegung.*

Interview: Thoralf Cleven

*Herr Opaschowski, Sie gehören als 79-Jähriger zur Risikogruppe. Wie gehen Sie mit der Pandemie um?*

Ich befinde mich in Quarantäne zu Hause. Nicht nur, weil ich es will. Auch meine Kinder legen darauf Wert. In Zeiten von Internet und Videotelefonie ist familiäre Nähe ohne persönlichen Kontakt möglich – auch wenn das nicht so schön ist.

*Sie sind von Haus aus Historiker, arbeiten aber mittlerweile als Zukunftsforscher. Erleben wir mit der Corona-Pandemie jetzt eine Zeitenwende oder ist es nur ein Themenwechsel?*

Das lässt sich noch nicht zuverlässig einschätzen. In Krisenzeiten denkt jeder zunächst einmal an sich selbst. Gleichzeitig macht es erwiesenermaßen glücklich, für andere da, also solidarisch zu sein. Der Solitär wird gewissermaßen zum „Solidär“ – und damit kommen zwei Verhaltensweisen zusammen, die Kraft für Veränderungen in sich tragen.

*Sie meinen das berühmte Wirgefühl.*

Nicht ganz. So würde es vielleicht ein Bundespräsident ausdrücken. Ich spreche von einem starken Ich in einem starken Wir. Das Ich im Wir ist das Besondere – es spricht für starkes Selbstvertrauen, das man aber erst im Wir verwirklicht. Die Zeiten der Alphatiere werden nach dieser Krise endgültig vorbei sein.

*Dann bricht die Zeit der Samariter an?*

Nein. Wir werden jetzt nicht alle zu Mutter Theresa oder Albert Schweitzer. Es entwickelt sich eine Geben-und-nehmen-Gesellschaft. Motto: Ich helfe dir jetzt, beim nächsten Mal hilfst du mir aber. Es geht um kalkulierte Hilfsbereitschaft – ohne die wäre Solidarität übrigens nicht möglich.

*Fangen wir mal mit der Familie an. Sie ist ja nun für viele plötzlich der Lebensmittelpunkt ...*

Ja, gezwungenermaßen. Das enge und lange Zusammenleben muss in vielen Familien jetzt erst wieder geübt werden. Einfach ist das nicht: das Miteinanderreden, das Erzählen zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern, die Wohnung als Nest der Geborgenheit und Sicherheit wahrzunehmen. Das widerspricht den zurückliegenden Zeiten, in denen viel Zeit für Arbeitswege und Job aufgebracht wurde und Wohnungen eher als Boxenstopp dienten. Das wäre ja nicht das Schlechteste, oder?

*Sehen Sie Parallelen zu anderen Situationen in den vergangenen Jahren?*

Ich muss in diesen Tagen häufig an die Flut an Elbe und Oder denken. Da war die junge Generation plötzlich da, schleppte Sandsäcke, packte an. Das hat diese Menschen für immer verändert. So wird es auch diesmal sein.

*Wagen Sie eine Prognose?*

Für die nahe Zukunft zeichnet sich ein Bild der Selbsthilfegesellschaft ab. Die hat es in der Zeit nach 1968 im Westen schon einmal gegeben: Es gab Proteste gegen staatliche Vereinnahmung, es bildeten sich Wohngruppen, selbstorganisierte Jugendzentren entstanden. Das ist jetzt et-



was anders: Jetzt bildet sich eine Selbsthilfegesellschaft aus der Einsicht, aufeinander angewiesen zu sein. Dahinter steht eine Bedrohung.

*Die Regierung sagt: Wir sitzen jetzt alle in einem Boot. Ist das nicht beruhigend?*

In einem Boot? Ja, das gilt für Notzeiten. Die Politiker müssen aber für die Zeit danach wissen, dass die Bürger, die jetzt zur Selbsthilfe aufgerufen werden, anschließend das Steuer dieses Bootes nicht so schnell mehr aus der Hand geben.

*Mehr politisches Engagement des Bürgers ist doch eine gute Botschaft.*

Das finde ich auch. Eine größere Mitmach-, Zusammenhalts- oder Mitbestimmungsgesellschaft wäre ein Gewinn aus dieser Krise. Die Politik kann dann nicht mehr machen, was sie will.

*Welche Werte werden die größte Rolle spielen?*

Die spontane Hilfsbereitschaft, die Übernahme sozialer Verantwortung und vielleicht kehrt endlich wieder mehr menschliche Wärme ein.

*Sind das alles nicht eher Träume als realistische Prognosen? Viele schauen doch gerade zum Staat und warten ab, was er in der Krise tut.*

Richtig ist, dass es bis heute eine gewisse Versorgungsmentalität der Bürger gegenüber dem Staat gibt. Das lässt sich jedoch nicht mehr durchhalten. Durch Umfragen, die auch mein Institut durchführt, wissen wir, dass die Bürger zunehmend den Eindruck haben, Politiker sind Getriebene. Das ist gerade gut zu beobachten: Wenn das Robert-Koch-Institut etwas sagt, reagiert die Politik sofort. Das gilt im Übrigen ebenso für die Wirtschaft. Sie muss und wird sich gemeinwohlorientierter aufstellen. Es wird künftig nicht weniger konsumiert, dafür aber anders. Bewusster vielleicht.

*Was wird aus den sogenannten systemrelevanten Berufen, die häufig schlechter bezahlt sind als andere Jobs – und größtenteils von Frauen ausgeübt werden?*

Nach dem Krieg war die Wiederaufbauarbeit weiblich. Notgedrungen. Das ist heute anders, doch jeder spürt plötzlich ziemlich nah, wie un-

gerecht es zugeht bei der Bezahlung der Berufe, die unsere Strukturen unter hohem persönlichem Einsatz aufrechterhalten. Spätestens nach Ende dieser Krise werden diese Berufsgruppen – also Pflege- und Laborkräfte, Polizisten und Feuerwehrleute oder Verkäuferinnen – auf Veränderungen zu ihren Gunsten pochen. Zu Recht!

*Setzt sich in Zukunft nun auch die Arbeit im Homeoffice durch?*

Diese Möglichkeit für Arbeitnehmer ist ja bislang eher deklariert als realisiert worden – auch aus Misstrauen den Arbeitnehmern gegenüber. Das ändert sich grundlegend mit dieser Krise. Arbeitgeber werden feststellen, dass es genauso effektiv oder sogar noch effektiver ist, wenn Beschäftigte diese Möglichkeit wahrnehmen können.

*Sie klingen ein bisschen, als glaubten Sie an einen neuen Menschen. Ist das so?*

Nein, daran glaube ich nicht. Aber die Fähigkeiten der Menschen werden erweitert und es steigt die Bereitschaft, an einer verbesserten Gesellschaft mitzuarbeiten – um dies nicht, wie bislang, Politikern oder Managern zu überlassen.

*Und was wird aus dem Megathema des vergangenen Jahres, dem Klimawandel?*

Das löst sich ja nicht wegen dieser Pandemie auf. Ich glaube, dass nun viele im Zuge der Corona-Krise merken, wozu wir fähig sind, wenn wir als Gemeinschaft mit Herz handeln. Die Pandemie werden wir auch emotional bekämpfen. Die Fridays-for-Future-Bewegung begegnet der Gleichgültigkeit gegenüber dem Klimawandel ebenso emotional – und ist damit sehr erfolgreich. Wenn die Corona-Krise bewältigt ist, wird die Schülergeneration das Umweltthema umso stärker vorantreiben.

*Als eine Art 68er-Bewegung?*

Diese Generation wächst nun unter veränderten Bedingungen auf. Sie weiß: Überall hinzufügen ist nicht selbstverständlich. Sie weiß auch: Nicht alles ist käuflich. Es entsteht so ein Wertewandel gegenüber den vorhergehenden Generationen, der sehr tiefgreifend ist.

*Ist das die „Generation Corona“?*

Zu viel Ehre für dieses schlimme Virus. Ich würde diese jungen Leute als „Generation Krise“ bezeichnen. Krise wird zur Alltagserfahrung. Und wenn Sie Jugendliche heute fragen, sagen die: Wir kennen gar nichts anderes mehr als Krise.

# Die Rückkehr des Gemeinwohls

*In der Krise stellen viele die Systemfrage: Wollen wir weiter im Hyper-Individualismus leben – oder altertümliche Ideen wie Gemein Sinn rehabilitieren?*

Von Philipp Hübl

**W**ir sind nicht systemrelevant! Das denken gerade einige Unternehmensberater und Startup-Gründer in Berlin, wie mir ein Freund erzählt hat, der die Szene kennt. Ihre Kinder müssen zuhause bleiben, weil die Kitas nur noch den Nachwuchs jener Menschen aufnehmen, die in systemrelevanten Berufen arbeiten: Krankenpfleger, Ärztinnen, Busfahrer, Journalisten und Polizistinnen. In unseren Nachbarländern ist die Lage ähnlich.

Diese Berufe sehen wir plötzlich mit anderen Augen. Nicht zuletzt daran zeigt sich, dass die Corona-Pandemie gerade in einem Großteil der Gesellschaft einen Wertewandel beschleunigt, der bisher vor allem bei der jüngeren Generation und den urbanen Progressiven zu beobachten war. Viele stellen jetzt die Systemfrage: Wie wollen wir in Zukunft leben? Weiter im Hyper-Individualismus, der die Freiheit jedes einzelnen in den Vordergrund stellt? Oder wollen wir, auch international, mehr Solidarität wagen, einen rationalen, globalen Kollektivismus entwickeln und altertümlich klingende Ideen wie „Gemeinwohl“ und „Gemein Sinn“ rehabilitieren?

Für den zweiten Weg haben sich gerade viele entschieden. Sie akzeptieren, dass das Kontaktverbot und die selbstgebastelten Gesichtsmasken ihre individuelle Freiheit zum Wohle der Allgemeinheit einschränken. Auch eine Aufwertung der systemrelevanten Berufe ist zu

beobachten. Die Krise reduziert das Leben auf seine Essenz und führt uns damit vor Augen, dass wir als Gesellschaft, ohne es richtig zu merken, lange Zeit falsche Prioritäten gesetzt haben. Wir haben die Menschen in der Kreativ-, Tech- und Medien-Szene belohnt, also die Einzelkämpfer, die Lauten, die Entertainer: mit Geld und vor allem mit sozialer Anerkennung, der kostbarsten Währung unserer Zeit. Viel zu wenig haben wir dagegen Berufen der kritischen Infrastruktur unsere Wertschätzung entgegengebracht: der Medizin, der Arbeit in der Pflege und der Familie, den Berufen der Versorgung mit Wasser, Energie, Lebensmitteln und Paketen, dem öffentlichen Dienst, selbst der Wissenschaft, die still und unglamourös in den Laboren und Forschungszentren wirkt.

Die junge Generation der unter 35-Jährigen ist für Fragen des Gemeinwohls und globaler Solidarität besonders sensibilisiert. Das zeigt sich in Bewegungen zum Klimaschutz wie Fridays for Future ebenso wie in einer positiven Einstellung zum Mietendeckel oder zum bedingungslosen Grundeinkommen. Das zeigt sich auch im Impuls, alles Böse in der Welt „dem Kapitalismus“ oder „dem Neoliberalismus“ anzulasten. Der Staat soll nach Ansicht der jungen Progressiven für mehr kollektive Gerechtigkeit sorgen. Je mehr er eingreift, desto besser. Das geht so weit, dass inzwischen die Hälfte der US-Amerikaner zwischen 18 und 29 den Sozialismus positiv sieht, ein Phänomen, das die britische Zeitung Economist „Millennial Socialism“ getauft hat. Die Helden dieses jungen und überdurchschnittlich gebildeten Milieus sind Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders.

Bei genauerer Betrachtung geht es den Jungen aber gar nicht um die Abschaffung des Kapitalismus. Die wenigsten gründen ihre Haltung auf eine ökonomische Theorie. Selbst wenn die Millennial-Sozialisten von „Enteignung“ sprechen, wollen sie nicht grundsätzlich das Privateigentum verstaatlichen. Ihnen geht es um etwas Größeres, aber auch Diffuseres: Sie hadern mit den Ungerechtigkeiten der globalen Wirtschaftsordnung. Sie sind – das zeigen Studien – angetrieben von einem starken Mitgefühl für die Unterdrückten und Diskriminierten, für Tiere und die Natur.

Corona zwingt uns gerade alle, in diesen globalen Dimensionen zu denken, denn das Virus kennt keine Staatsgrenzen. Der Individualis-

mus des Westens wird durch eine winzige Proteinstruktur von 125 Nanometern herausgefordert, die nur durch mehr Kollektivismus bekämpft werden kann. Das Virus zwingt uns, unseren progressiven Freiheitsbegriff zu überdenken, bei dem es immer mehr um Selbstverwirklichung und Singularisierung ging, um ein Leben, das immer ausgefallener und hedonistischer wurde.

Freiheit war ein Leitbegriff nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges. Und tatsächlich hat die Welt in den letzten 30 Jahren eine beispiellose Demokratisierungswelle erlebt. Auch im Westen haben wir individuelle Freiheitsrechte dazugewonnen, beispielsweise durch die Legalisierung der Ehe für Homosexuelle und durch Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgesetze in vielen Ländern. In der Wirtschaft wurde Freiheit allerdings auf dem „dritten Weg“ von Clinton, Schröder und Blair primär als Privatisierung von damals öffentlich angebotenen Gütern uminterpretiert: Energieversorgung, Mobilfunk, Paketdienste, Bahn, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten. In Deutschland kam mit der Agenda 2010 die Liberalisierung des Arbeitsmarktes hinzu.

All diese Maßnahmen haben zwar sicherlich Vorteile mit sich gebracht: Die Energie- und Telefonkosten sind gesunken, die Hartz-Reformen haben nachweislich Arbeitsplätze geschaffen. Doch die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft konnten kaum davon profitieren, alleinerziehende Mütter zum Beispiel oder Langzeitarbeitslose und Kranke. Die ökonomische Freiheit hat weltweit die Ungleichheit vergrößert, zudem noch auf Kosten der Natur und des Klimas. In diesem Punkt steht das progressive Prinzip der Freiheit mit den anderen zwei progressiven Prinzipien „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ im Widerspruch.

Wie weltweite Studien zu der Entwicklung moralischer und politischer Werte zeigen, kommt es den Menschen in Entwicklungsländern vor allem auf materielle Sicherheit an („survival values“), die Rolle im Kollektiv ist entscheidend, die Religion prägt den Alltag. Sobald sich Länder industrialisieren und sich die Lebensbedingungen verbessern, gewinnt die Individualisierung immer mehr an Bedeutung: die Autonomie rückt in den Vordergrund („self expression values“), die Menschen wollen sich mit ihrem Beruf persönlich verwirklichen,

eine säkulare Weltordnung verdrängt die alte Stammesmoral und die Wissenschaft tritt an die Stelle der Religion. An diesem Punkt stehen die jüngeren Generationen im Westen. Sie sind mit einer historisch einmaligen materiellen Sicherheit aufgewachsen. Ihre Werte sind im Vergleich zu früheren Generationen besonders liberal, universalistisch und solidarisch.

Die Pandemie bedroht nun diese Sicherheiten existenziell und hebt gleichzeitig die Ungerechtigkeit der Welt hervor: die Armen leiden am meisten. Gerade in der Corona-Pandemie erleben wir einen starken Staat, der einzelnen Menschen Freiheiten nimmt, um die Schwachen zu schützen. Viele müssen plötzlich konsequentialistischer denken, als sie es gewohnt sind, auch wenn die Klimaaktivisten das schon lange fordern: Welche Folgen hat meine heutige Handlung in den nächsten Tagen, Wochen, Jahren? Wie intensiv darf ich kollektive Güter nutzen und wie sehr schadet mein Verhalten der Allgemeinheit?

## DAS KLIMA UND DIE ROHSTOFFVORRÄTE SIND ÖFFENTLICHE GÜTER

Ein moderner, weitgefasster Gemeinwohlbegriff muss festlegen, dass wir Menschen von bestimmten Gütern nicht ausschließen sollten. Neben Straßen, Grünflächen und dem öffentlichen Rundfunk gehören dazu auch solche, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit private Luxusgüter darstellten wie Medizin, Bildung und digitale Kommunikation. Das zeigt die Pandemie ebenfalls. Schon vor der Corona-Krise haben Forscher, Umweltaktivisten und die Demonstranten von Fridays for Future immer wieder betont, dass das Klima ein öffentliches Gut ist, das der ganzen Menschheit gehört und das wir durch unseren Lebensstil schädigen. Die weltweiten Rohstoffe im Prinzip auch: Sie werden von den Industrienationen verbraucht, obwohl sie allen gleichermaßen zustehen sollten. Wenn nun in der aktuellen Krise Quarantäne-Rohstoffe wie Toilettenpapier und Atemschutzmasken knapp werden, spüren wir plötzlich alle, was Ressourcenmangel bedeutet.

Auch die Frage, wie wir uns in der Stadt begegnen, rückt durch die Pandemie auf einmal ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Die Nutzung der Stadt war bisher ebenfalls eher unter den Jungen und den

Progressiven ein Thema: Wie wollen wir in der Stadt zusammenleben? Benötigen wir Autos? Ist Straßenwerbung nicht visuelle Umweltverschmutzung? Warum gibt es so viele seelenlose Orte vor Bahnhöfen und Einkaufszentren? Wem gehört der Wohnraum? Die Frage, wie wir uns in den Dörfern und Städten begegnen, erscheint plötzlich relevanter denn je.

Die vermutlich bisher am wenigsten geklärte Frage zum Gemeinwohl lautet: Wem gehören die Daten? Die Pandemie zeigt auf fatale Weise, dass man die Infektionskurve nur dann abflachen kann, wenn man international alle Daten austauscht. Hätten die Länder im Februar besser kommuniziert, hätte man die Verbreitung schon früh nachhaltig dämpfen können. Die Pandemie macht also deutlich, dass Informationen zentraler Bestandteil der kritischen Infrastruktur sind so wie Wasser, Strom und Nahrung. Mehr noch: Es sind Güter, die weder exklusiv noch umkämpft sein sollten. Daher ist es umso skandalöser, dass Monopolisten wie Facebook und Google den alleinigen unkontrollierten Zugriff auf unvorstellbar viele Daten haben, von deren Nutzung alle profitieren könnten.

## SYSTEMRELEVANTE INFORMATIONEN DÜRFEN NICHT PRIVATISIERT WERDEN

Genauso skandalös: Universitäten und damit Staaten, die sie finanzieren, zahlen gewaltige Summen an die großen Wissenschaftsverlage, um Zugang zu Forschungsartikeln zu erhalten, die überhaupt nur durch öffentliche Mittel entstanden sind. Die Anbieter erwirtschaften so Gewinnmargen, die man sonst nur aus dem Drogen- und Waffenhandel kennt. Auch dieses Wissen sollte kostenlos allen Menschen zustehen. Daten und Wissen, oder allgemeiner: Informationen sind nämlich nicht der „Rohstoff“ des 21. Jahrhunderts, wie es oft heißt, sondern etwas Wertvolleres: ein abstraktes Investitionsgut, das man im Prinzip unendlich oft nutzen kann. In der Krise zeigt sich ihr Wert besonders deutlich, daher kann die Krise helfen, die Erkenntnis zu verbreiten, dass man systemrelevante Informationen nicht privatisieren darf.

Weil Gesellschaften eine Trägheit innewohnt, wird nach der Krise wieder vieles beim Alten sein. Das Leben wird sich einpendeln, die



Menschen werden wieder arbeiten, konsumieren, ihren Urlaub nachholen, neue Unternehmen gründen, und die Börsenkurse werden sich erholen. Wenn wir jedoch aus der Pandemie etwas lernen, dann könnte sie den kontinuierlichen progressiven Wertewandel beschleunigen, indem die Idee einer globalen Solidarität und der Wertschätzung des Gemeinwohls dauerhaft virale Verbreitung findet. Dann werden wir auch nach der Krise Pandemie-Apps auf dem Smartphone installieren, unseren eigenen Lebenswandel mit CO<sub>2</sub>-Zählern überprüfen, mehr in die Entwicklungshilfe investieren, die Berufe der kritischen Infrastruktur aufwerten und das Wissen der Welt allen zugänglich machen. Und wir werden mehr dafür sensibilisiert sein, was wirklich relevant ist für unser System – und unser Leben.

# Die gesunde Gesellschaft

*Aus der Krise lernen, heißt auch: Wir dürfen Gemeingüter wie medizinische  
Vorsorge oder Wohnen nicht länger den Gesetzen des Marktes überlassen.*

Von Stephan Hebel

**N**iemand kann von sich behaupten, schon jetzt zu wissen, wie die Welt nach Corona aussehen wird. Darum geht es hier auch nicht. Aber wie jede Krise, so hat auch diese nicht nur die Kraft zur Zerstörung. In den Trümmern mancher Gewissheit lassen sich womöglich Hinweise darauf finden, an welchen Stellen die Statik gewohnter Gedankengebäude oder gar der ganzen Gesellschaft so stabil nicht war, wie wir meinten. Nur wenn wir diese Hinweise frühzeitig erkennen, wird ein Wiederaufbau zu bewerkstelligen sein, der alte Fehler vermeidet. Das wäre ganz sicher auch im Sinne derjenigen, die Corona nicht überlebt haben. Was hätten sie sich mehr wünschen können als ein System, das sie besser beschützt hätte als das bestehende?

Einen Anfang der Serie zur Welt nach Corona soll ein Thema machen, das in diesen Tagen wie von selbst ins Rampenlicht getreten ist: die öffentliche Daseinsvorsorge. Ob Gesundheit, Wohnen oder Bildung – an vielen Stellen haben die Seuche und die „Kollateralschäden“ ihrer Bekämpfung schon jetzt nicht nur Mängel sichtbar gemacht, sondern auch, wenn man sie denn sehen will, mögliche Alternativen. Es geht letzten Endes um die Frage, die der Neoliberalismus leider erfolgreich von den Füßen auf den Kopf gestellt hat: Wie viel Markt verträgt die Daseinsvorsorge, und wie viel Staat braucht sie? Seit Jahrzehnten handeln Politik und Kapital genau entgegengesetzt: So viel Markt und so wenig Staat wie möglich, lautet ihr Motto – es sei denn, wir haben Krise und die Steuerzahler müssen uns retten.

Wenn hier von mehr Staat die Rede ist, geht es nicht darum, die Regierung zur Unternehmerin zu machen, die sich letztlich so verhält wie andere Kapitalisten auch. Gemeint ist auch nicht jener autoritäre Staatssozialismus, der gesellschaftliche Initiativen abwürgt, statt auf sie zu setzen. Die Rede ist vielmehr von einer öffentlichen, demokratischen Kontrolle über die Bereitstellung der Gemeingüter, auf die alle angewiesen sind – vor allem diejenigen, die sich Gesundheit oder Wohnung nicht zu jedem Preis kaufen können.

Christian Lindner hat in diesen Tagen sein Gespür dafür bewiesen, dass die von ihm so geschätzte Vorherrschaft des Privateigentums – er spricht lieber verschleiernd von „Eigenverantwortung“ – im Sog der Seuche dauerhaft in Gefahr geraten könnte: „Der Staat muss sich möglichst bald und möglichst weitgehend aus den Bereichen zurückziehen, in die er jetzt eingegriffen hat, und das alte Maß von Eigenverantwortung wiederherstellen“, sagte der FDP-Chef dem „Kölner Stadtanzeiger“. Das gibt einen Vorgeschmack darauf, wie schwer es werden wird, aus öffentlichen Interventionen, die jetzt die allermeisten als notwendig anerkennen, eine dauerhafte Verschiebung der politischen Koordinaten zu machen. Wird der Staat mit viel Steuergeld nur das bestehende System retten – oder haben diejenigen eine Chance, die fundamentale Konsequenzen für unsere Wirtschaftsordnung ziehen wollen?

Was die Daseinsvorsorge betrifft, müsste aus der Krise nichts weniger folgen als ein Paradigmenwechsel. Also der Abschied von einer Ideologie, die die britische Premierministerin Margaret Thatcher 1987 in einen Satz fasste: „There is no such thing as society“, sagte die Pionierin des radikalen Marktliberalismus: „So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht.“ Und sie erläuterte auch gleich, was gemeint war: „Es ist unsere Pflicht, uns um uns selbst zu kümmern und dann um unsere Nachbarn. Das Leben ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit.“ Diese Worte stellen eine Art Evangelium des Neoliberalismus dar: Das „Kümmern“, wie die Daseinsvorsorge hier moralisierend heißt, stellt ein „Geschäft“ dar, also eine Privatsache der Individuen, die als eine Art Unternehmerinnen und Unternehmer ihres Lebens zu agieren haben – Risiken und Nebenwirkungen eingeschlossen. Nun ist gegenseitige Hilfe ja an sich nichts Schlechtes. Aber die öffentlichen Güter, die die Menschen dafür

brauchen, stellt nach neoliberaler Logik der Markt zur Verfügung, weil ja angeblich das Prinzip von Angebot und Nachfrage das beste Mittel ist, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Und dazu gehört eben dies: Wer pleite geht, geht auch nicht zum Arzt.

Es war nur folgerichtig, dass eine Welle der Privatisierung von Gemeingütern folgte. Das gilt auch für Deutschland, wenn auch vielleicht nicht ganz so rigoros wie in Großbritannien. Zigtausende Wohnungen, die Bahn, viele Krankenhäuser, Strom und Wasserversorgung, sogar Schulen und Universitäten wurden zumindest in Teilen den Gesetzen des Marktes unterworfen. Mit der Folge, dass sich ein großer Teil der Gesellschaft ein Leben in guter Vorsorge nicht mehr leisten konnte und kann. Aber was bedeutet das für die Welt nach Corona? Es bedeutet, dass wir wenigstens jetzt die fatalen Folgen dieser Politik erkennen müssen. Und vielleicht war die Chance zum Umsteuern nie so groß wie in einem Moment, da die Krise die Verhältnisse ohnehin ins Wanken bringt. An zwei Bereichen, in denen die Krise die systemischen Mängel besonders klar erkennbar macht, lässt sich das zeigen: stationäre Gesundheitsversorgung und Wohnen.

Der Anteil der Privatkliniken an der Gesamtzahl der deutschen Krankenhäuser ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Zugleich wurden die stationären Einrichtungen, auch die gemeinnützigen und staatlichen, durch das System der „Fallpauschalen“ in die Diktatur der betriebswirtschaftlichen Zwänge getrieben. Es ist unter diesen Bedingungen nur logisch, dass einträgliche Operationen durchgeführt werden, statt Intensivbetten für künftige Pandemien bereitzustellen, die in der Bilanz nur als Kosten erscheinen. Der Manager eines Klinik Konzerns, der es anders macht, würde im Zweifel seine Pflichten gegenüber den Aktionären verletzen.

Die Lehre aus Covid-19 wäre also eine doppelte: Erstens müssen die Kliniken zurück in die öffentliche Hand oder in den Besitz gemeinnütziger, nicht gewinnorientierter Unternehmen. Zweitens darf nicht mehr der Profit Kriterium des Handelns sein, sondern nur der Bedarf der Gesellschaft am Gemeingut Gesundheit. Dazu gehört übrigens eine Bezahlung von Pflegekräften, die ihrem Engagement angemessen wäre. Natürlich kann dieser Bedarf nicht von oben und zentral dekretiert werden. Es ginge zumindest darum, die Organe der Selbstverwal-

tung, die es bereits gibt, auszubauen. Dem „Gemeinsamen Bundesausschuss“, der die Leistungen für Kassenpatienten definiert, gehören die Verbände von Ärzten, Zahnärzten und Kliniken sowie die Krankenkassen an. Warum haben zum Beispiel die Patientenorganisationen hier zwar ein Mitsprache-, aber kein Stimmrecht? Anders gefragt: Wäre es nicht eine Lehre aus Corona, die in der Gesellschaft vorhandene Expertise – und auch persönliche Krankheitserfahrung bedeutet Expertise – wesentlich stärker zur Geltung zu bringen?

Hier ist nicht nur die Politik gefragt, sondern jede und jeder Einzelne: Will ich auch in Zukunft einfach zulassen, dass ein Teil meines Krankenkassen-Beitrags in die Taschen der Aktionäre eines Krankenhauses Konzerns fließt? Sollte ich nicht wenigstens vor der nächsten Wahl in den Parteiprogrammen nachschauen, wer der Profitorientierung im Gesundheitswesen ein Ende machen will? Gibt es vor Ort eine Initiative, die das Krankenhaus rekommunalisieren will? Wäre es etwas für mich, bei der nächsten Sozialwahl die Unterlagen nicht wegzuworfen – und mich vielleicht sogar in die Selbstverwaltung meiner Kasse wählen zu lassen? Oder bin ich in der „AG Soziale Sicherungssysteme“ bei Attac am besten aufgehoben? Das wären mal ein paar Möglichkeiten, den Lindners dieser Welt das Wort „Eigenverantwortung“ aus dem Mund zu nehmen.

## WER BEENGT WOHNT, KANN AUCH SCHLECHTER ZU HAUSE LERNEN

Zweites Beispiel: Wohnen. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass die Preisentwicklung am privaten Immobilienmarkt in der Pandemie noch zusätzlich zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt. Dass sich weitgehende Isolation auf einer Terrasse in ruhiger Umgebung besser ertragen lässt als in einer beengten Wohnung an der Hauptverkehrsstraße, liegt auf der Hand – von den vielen Wohnungslosen und anderen, fast unsichtbaren Betroffenen ganz zu schweigen. Dass diese Spaltung zur nächsten führt, muss ebenfalls niemanden wundern: Wenn zu Hause wenig Platz ist, die Eltern über einen eher niedrigen Bildungsgrad verfügen und vielleicht kein stabiler Internet-Anschluss nebst PC zur Verfügung steht, wird sich die Ungleichheit der

Bildungschancen unter den Bedingungen des „Homeschooling“ noch verschärfen.

Und wieder die Fragen: Was bedeutet das für die Welt nach Corona? Und was können die Einzelnen tun? Wie bei der Gesundheit, so gilt beim Thema Wohnen vor allem eins: Es muss ein Recht sein, keine Ware. Das Prinzip der Gemeinnützigkeit ist dringend wiederzuentdecken. Eine Vielzahl von Initiativen praktiziert es schon im Kleinen: Überall entstehen Genossenschaften oder GmbHs, die so weit wie möglich jenseits des Marktgeschehens gemeinsame Häuser bauen und bewohnen. Sie brauchen allerdings die Unterstützung von Politik und Verwaltung: Grundstücke aus öffentlichem Besitz, die meistbietend verkauft werden, können sie meistens nicht bezahlen. Nur wenn Bodenpolitik andere als finanzielle Kriterien anlegt – also das Wohnen als Gemeingut versteht –, haben sie eine Chance. Wenn Stadt, Land oder Bund schon verkaufen, muss zumindest auch die „soziale Rendite“ zählen und nicht nur der Preis. Oder der Boden wird in Erbpacht vergeben und verbleibt damit in der öffentlichen Hand. Viele Städte haben ihre Politik inzwischen – wenn auch noch zaghaf – entschuldigend korrigiert.

## WER VON GEMEINGÜTERN SPRICHT, MUSS AUCH DIE SYSTEMFRAGE STELLEN

Aber zur Gemeinnützigkeit, also Daseinsfürsorge ohne Gewinnabsicht, gehört viel mehr: Die Steuervorteile für gemeinnützige Wohnungsunternehmen, die nach dem Skandal um die „Neue Heimat“ vor 30 Jahren gestrichen wurden, müssen wieder eingeführt werden. Das muss ja nicht heißen, dass wie damals unkontrollierbare, korruptionsanfällige Großkonzerne entstehen. Die Frage wäre vielmehr, wem sie gehören – also ob Wohnungsunternehmen wie teilweise schon jetzt als Genossenschaften organisiert sind – und wie offen die Kontrollgremien für alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen sind. Auch hier kann jede und jeder Einzelne etwas tun: Warum nicht schauen, ob sich für das irgendwann bevorstehende Wohnen im Alter ein gemeinsames Projekt mit anderen auf die Beine stellen lässt? Warum nicht bei einer Initiative hereinschauen, die sich für eine wirksame Kontrolle des